

## **ANTRAG**

**der Fraktionen DIE LINKE und SPD**

### **Für eine solidarische Pflege**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Das System der gesetzlichen Pflegeversicherung gerät zunehmend unter Druck, obwohl über 80 Prozent der Pflegebedürftigen in den eigenen vier Wänden versorgt werden. Aktuell entstehen im Pflegesystem enorme Mehrausgaben u. a. durch eine steigende Anzahl von Pflegebedürftigen, die verbesserte Entlohnung der Pflegekräfte, die Anhebung der Leistungsbeträge und Leistungszuschläge, erhöhte Investitionsbedarfe der Pflegeeinrichtungen und allgemeine inflationsbedingte Preissteigerungen. Hinzu kommen in den nächsten Jahren zu erwartende Mindereinnahmen durch den Renteneintritt der geburtenstarken Bevölkerungsjahrgänge. Gleichzeitig nimmt als Folge des demografischen Wandels das Erwerbspersonenpotenzial ab und der Mangel an professionellen Pflegekräften zu. Damit kommen die Ressourcen ambulanter, teil- und vollstationärer Pflegeeinrichtungen in ihrer jetzigen Ausrichtung und Struktur zunehmend an ihre Grenzen. Ohne Veränderungen am bestehenden System drohen mit regional unterschiedlicher Ausprägung Engpässe in der bedarfsgerechten Versorgung aller pflegebedürftigen Menschen.
2. Der Bericht der Bundesregierung vom 3. Juli 2024 unter dem Titel „Zukunftssichere Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung – Darstellung von Szenarien und Stellschrauben möglicher Reformen“ analysiert den Status quo, stellt die finanziellen Handlungsbedarfe dar und zeigt Wege auf, die gesetzliche Pflegeversicherung demografiefest und nachhaltig aufzustellen. Dabei gilt es, keine Zeit zu verlieren.

3. Die Menschen müssen sich insbesondere in herausfordernden Zeiten auf eine funktionierende Pflege verlassen können. Anspruch ist es, pflegebedürftigen Menschen trotz ihres Hilfebedarfes ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Wunsch der meisten Menschen ist es, so lange wie möglich zu Hause in der vertrauten Umgebung gemeinsam mit den An- und Zugehörigen, Nachbarn und Freunden zu leben. Daher soll der häuslichen Pflege der Vorrang gegeben werden. Hierfür sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem Grundsatz ambulanter vor stationärer pflegerischer Versorgung gerecht werden und die pflegenden Angehörigen und beruflich Pflegenden stärkt und die Lasten solidarisch verteilt.
- II. Der Landtag begrüßt die Initiative der Landesregierung, eine EntschlieÙung in den Bundesrat einzubringen und sich für eine zeitnahe Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung einzusetzen, mit der diese zukunftsfest aufgestellt und die finanzielle Belastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sowie der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen begrenzt wird.
  - III. Die Landesregierung wird aufgefordert, ergänzend ein Landesprogramm Pflege zu entwickeln, welches auf folgenden strategischen Handlungszielen fuÙt:
    - Stärkung der Unterstützung und Pflege in der Häuslichkeit,
    - Stärkung der Pflegeinfrastruktur,
    - Personalsicherung in der Pflege.

Im Einzelnen soll das Landesprogramm Pflege u. a. folgende Punkte umfassen:

1. In der Kurzzeitpflege sollen Versorgungslücken geschlossen und der Investitionsstau abgebaut werden. Damit können Pflegebedürftige unterstützt werden, die nur für eine begrenzte Zeit auf vollstationäre Pflege angewiesen sind, insbesondere zur Bewältigung von Krisensituationen bei der häuslichen Pflege, der Urlaubs- und Verhinderungspflege oder übergangsweise im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt.
2. Modellvorhaben für innovative Unterstützungsmaßnahmen und -strukturen vor Ort und im Quartier gemäß § 123 des Elften Buches Sozialgesetzbuch unterstützen durch
  - Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger und Angehöriger,
  - Verbesserung des Zuganges zum Hilfesystem und
  - Verbesserung des Eintritts und des Ausmaßes von Pflegebedürftigkeit (Pflegeprävalenz).

**Jeannine Rösler und Fraktion**

**Julian Barlen und Fraktion**

**Begründung:**

Zum Zeitpunkt der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 wurde die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland auf 1,65 Millionen geschätzt, was ca. 2 Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung entsprach. Etwa 450 000 Menschen wurden nach Angaben der Bundesregierung damals stationär versorgt, rd. 1,2 Millionen in der Häuslichkeit.

Im Jahr 2013 waren bereits 2,6 Millionen Menschen pflegebedürftig. Gegenwärtig erhalten in der Bundesrepublik Deutschland ca. 5,236 Millionen pflegebedürftige Menschen Leistungen der gesetzlichen sozialen Pflegeversicherung, was rd. 6 Prozent der Bevölkerung entspricht. Die Leistungen reichen je nach Schwere und Art der Pflegebedürftigkeit von Hilfen im Haushalt bis hin zur Pflege rd. um die Uhr. Etwa 700 000 Menschen werden stationär betreut, rd. 4,4 Millionen Pflegebedürftige (ca. 84 Prozent) leben zu Hause.

Die Einnahmen der sozialen Pflegeversicherung sind von 24,96 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf 61,01 Milliarden Euro im Jahr 2023 gestiegen, die Ausgaben von 24,33 Milliarden Euro auf 59,23 Milliarden Euro. Da es sich bei der sozialen Pflegeversicherung um ein Teilleistungssystem handelt, steigen auch die Eigenanteile für die Pflegebedürftigen, was verschiedene Folgen haben kann. Eine schon zu beobachtende Folge ist, dass Pflegebedürftige weniger Leistungen in Anspruch nehmen, was wiederum zur Verschlechterung ihrer Situation und zu frühzeitiger größerer Pflegebedürftigkeit führt. Eine andere Folge kann sein, dass gerade in Ländern und Regionen mit geringem Einkommen der Bedarf an Hilfen zur Pflege steigt, also die Kommunen einen Teil der Kosten tragen müssen.

Mit Stand 31. Dezember 2023 gab es in der Bundesrepublik Deutschland rd. 74,56 Millionen gesetzlich Pflegeversicherte sowie rd. 9,14 Millionen privat Pflegeversicherte. Auch ohne Leistungsausweitungen gefährdet die demografische Entwicklung in Deutschland mittel- und langfristig die Beitragssatzstabilität. Die Pflegekassen haben für das Jahr 2025 bereits eine Beitragssteigerung um 0,2 Prozent angekündigt. Diesen Entwicklungen muss zeitnah wirksam begegnet werden, um die gesetzliche Pflegeversicherung zukunftsfest aufzustellen.